

DVO KiBiz	Durchführungsverordnung KiBiz	Außer Kraft – Text galt vom 01.08.2019 bis 31.07.2020	Nordrhein-Westfalen
--------------	----------------------------------	--	---------------------

Verordnung zur Durchführung des Kinderbildungsgesetzes

(Durchführungsverordnung KiBiz – DVO KiBiz)^{[1][2]}

Vom 18. Dezember 2007

(GV. NRW. S. 739)

SGV. NRW. 216

Zuletzt geändert durch § 14 Abs. 2 DurchführungsVO KiBiz vom 5.3.2020 (GV. NRW. S. 178)

^[1] **Aufgehoben mit Ablauf des 31.7.2020** durch § 14 Abs. 2 Satz 1 Durchführungsverordnung KiBiz v. 5.3.2020 (GV. NRW. S. 178); beachte hierzu auch die Übergangsbestimmungen in § 14 Abs. 2 Satz 2 dieser VO.

^[2] Überschrift neu gef. mWv 30.4.2008 durch VO v. 18.4.2008 (GV. NRW. S. 374).

[]

Aufgrund des § 26 Abs. 1 des Kinderbildungsgesetzes KiBiz vom 30. Oktober 2007 (GV. NRW. S. 462) wird – Teile 1, 2 und 4 mit Zustimmung des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen – verordnet:^[1]

^[1] Präambel neu gef. mWv 10.12.2008 durch VO v. 14.11.2008 (GV. NRW. S. 728); geänd. mWv 1.9.2009 durch VO v. 12.11.2009 (GV. NRW. S. 623).

[: Außer Kraft – Text galt vom 01.09.2009 bis 31.07.2020]

Teil 1^[1] VerfahrenRegelungen zum Verwaltungsverfahren zur Gewährung der Landeszuschüsse nach dem Kinderbildungsgesetz

^[1] Überschrift Teil 1 eingef. mWv 30.4.2008 durch VO v. 18.4.2008 (GV. NRW. S. 374); geänd. mWv 15.3.2012 durch VO v. 8.3.2012 (GV. NRW. S. 116); Teil 1 (§§ 1–5) neu gef. mWv 1.8.2014 durch VO v. 13.8.2014 (GV. NRW. S. 422).

§ 1^[1] Antrag auf Gewährung der Landesmittel

(1) 1Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Jugendamt) beantragt bis zum 15. März nach vorgegebenem Muster beim überörtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Landesjugendamt) die Landesmittel

- 1.nach § 21 Absatz 1 Kinderbildungsgesetz vom 30. Oktober 2007 (GV. NRW. S. 462), das zuletzt durch 12. März 2019 (GV. NRW. S. 131)^[2] geändert worden ist, auf der Grundlage der Entscheidung der örtlichen Jugendhilfeplanung nach § 19 Absatz 3 Kinderbildungsgesetz,
- 2.nach § 21 Absatz 3 Kinderbildungsgesetz (Verfügunspauschale),
- 3.nach § 21 Absatz 5 und 6 Kinderbildungsgesetz (Familienzentrum),
- 4.nach § 21 Absatz 8 Kinderbildungsgesetz (Mietzuschuss) sowie
- 5.nach § 22 Absatz 1 Kinderbildungsgesetz (Kindertagespflege).

2Mit dem Antrag nach Satz 1 Nummer 1 gelten die pauschalierten Zuschüsse gemäß § 21f des Kinderbildungsgesetzes als mitbeantragt.

(2) Der Antrag ist auf elektronischem Datenträger zu erstellen.

(3) Das Landesjugendamt legt der Obersten Landesjugendbehörde die zusammengefassten Anträge nach Absatz 1 zum 25. März desselben Jahres vor.

(4) 1Das Jugendamt beantragt Landesmittel für Kinder mit Behinderung oder für Kinder, die von einer wesentlichen Behinderung bedroht sind, und bei denen dies von einem Träger der Eingliederungshilfe festgestellt wurde und die nicht im Antrag nach Absatz 1 berücksichtigt sind, zum 1. November, zum 1. Februar und zum 31. Juli des jeweiligen Kindergartenjahres beim Landesjugendamt. 2Im Antrag zum 31. Juli sind auch die Kinder zu berücksichtigen, für die ein Antrag auf Feststellung einer Behinderung oder einer drohenden wesentlichen Behinderung gestellt wurde, der noch nicht von einem Träger der Eingliederungshilfe beschieden worden ist. 3Das Landesjugendamt legt die zusammengefassten Anträge zum 10. November, zum 10. Februar und zum 10. August der Obersten Landesjugendbehörde vor.

(5) 1Das Jugendamt beantragt die Landesmittel nach § 21 Absatz 4 Kinderbildungsgesetz (zusätzliche U3-Pauschale) bis zum 1. November nach vorgegebenem Muster beim Landesjugendamt. 2Es legt dem Landesjugendamt zum 1. Februar und zum 31. Juli einen ergänzenden Antrag vor. 3Das Landesjugendamt legt der Obersten Landesjugendbehörde die zusammengefassten Anträge zum 10. November und gegebenenfalls zum 10. Februar und zum 10. August vor.

(6) Das Jugendamt beantragt die Landesmittel nach § 21 Absatz 7 Kinderbildungsgesetz und in diesen Fällen abweichend von § 1 Absatz 1 Nummer 3 auch die Landesmittel nach § 21 Absatz 6 Kinderbildungsgesetz bis zum 15. Juni für das im gleichen Jahr beginnende Kindergartenjahr nach vorgegebenem Muster beim Landesjugendamt.

(7) Verspätet gestellte Anträge der Jugendämter können nur berücksichtigt werden, wenn dem Jugendamt nach § 27 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch – Sozialverfahren und Sozialdatenschutz – in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2001 (BGBl. I S. 130), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 2. Februar 2016 (BGBl. I S. 130) geändert worden ist, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren ist.

[1] § 1 neu gef. mWv 1.8.2014 durch VO v. 13.8.2014 (GV. NRW. S. 422); Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 neu gef., Satz 2 angef., Abs. 5 aufgeh., bish. Abs. 6 und 7 werden Abs. 5 und 6, bish. Abs. 8 wird Abs. 7 und geänd. mWv 1.8.2016 durch VO v. 29.7.2016 (GV. NRW. S. 672); Abs. 1 Satz 2 neu gef. mWv 25.11.2017 durch G v. 21.11.2017 (GV. NRW. S. 834); Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 geänd., Satz 2 neu gef. mWv 1.8.2019 durch VO v. 30.6.2019 (GV. NRW. S. 346).

[2] Richtig wohl: „Gesetz vom 12. März 2019 (GV. NRW. S. 131)“.

[§ 1: Außer Kraft – Text galt vom 01.08.2019 bis 31.07.2020]

§ 2[1] Bewilligung der Landesmittel

(1) 1Aus der auch für das Land verbindlichen Entscheidung der örtlichen Jugendhilfeplanung nach § 19 Absatz 3 des Kinderbildungsgesetzes ergeben sich bis zum 15. März für das in dem gleichen Kalenderjahr beginnende Kindergartenjahr Höhe und Anzahl der zu zahlenden Kindpauschalen und im Kindergartenjahr 2019/2020 Höhe und Anzahl der pauschalierten Zuschüsse nach § 21f des Kinderbildungsgesetzes. 2In den Fällen der Planungsgarantie erfolgt die Bewilligung der Zuschüsse zu den Kindpauschalen nach § 21e Kinderbildungsgesetz. 3Das Landesjugendamt bewilligt durch Leistungsbescheid zum 10. April die Landesmittel nach § 1 Absatz 1, § 21 Absatz 2 Kinderbildungsgesetz und in den Fällen der Planungsgarantie nach Satz 2 sowie die Landesmittel nach § 21 Absatz 10 Kinderbildungsgesetz (Ausgleich Elternbeitragsfreiheit) für das in dem gleichen Kalenderjahr beginnende Kindergartenjahr. 4Die pauschalierten Zuschüsse nach § 21f des Kinderbildungsgesetzes bewilligt das Landesjugendamt durch Leistungsbescheid.

(2) 1Das Landesjugendamt bewilligt die Mittel, die nach § 1 Absatz 4 zum 1. November beantragt wurden, durch Leistungsbescheid zum 1. Februar des jeweiligen Kindergartenjahres. 2Anträge, die zu einem späteren Meldetermin (§ 1 Absatz 4) vorgelegt werden, bewilligt es später.

(3) 1Das Landesjugendamt bewilligt die Landesmittel nach § 21a Absatz 1 und § 21b Absatz 1 Kinderbildungsgesetz (Landeszuschüsse für plusKITA-Einrichtungen und zusätzlichen Sprachförderbedarf) für das in dem gleichen Kalenderjahr beginnende Kindergartenjahr durch Leistungsbescheid zum 10. April. 2Die Berechnung erfolgt auf der Grundlage der gesetzlich festgelegten Indikatoren zum Kindergartenjahr 2014/2015. 3Grundlage der Berechnung für die ersten fünf Jahre nach Inkrafttreten der §§ 21a und 21b Kinderbildungsgesetz und für das Verlängerungsjahr 2019/2020 sind für die Anzahl der Kinder unter sieben Jahren in Familien mit Leistungsbezug zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitssuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, 2094), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. Mai 2013 (BGBl. I S. 1167) geändert worden ist, die Angaben der Bundesagentur für Arbeit für den Berichtsmonat Dezember 2013 und für die Anzahl der Kinder, in deren Familie vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, die Daten nach § 99 Absatz 7 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022) in der jeweils geltenden Fassung zum Stichtag 1. März 2013. 4Die Oberste Landesjugendbehörde teilt den Jugendämtern das Ergebnis der Berechnung mit.

(4) 1Das Landesjugendamt bewilligt zum 10. April für das im gleichen Jahr beginnende Kindergartenjahr Abschlagszahlungen auf den Zuschuss nach § 1 Absatz 5 auf der Grundlage von 75 Prozent der im Antrag nach § 1 Absatz 1 angegebenen Kindpauschalen für Kinder unter drei Jahren. 2Es bewilligt durch Leistungsbescheid zum 1. Februar die Mittel nach § 21 Absatz 4 Kinderbildungsgesetz, die zum 1. November des Kindergartenjahres beantragt wurden. 3Anträge, die zu einem späteren Meldetermin (§ 1 Absatz 6) vorgelegt werden, bewilligt es später.

(5) Das Landesjugendamt bewilligt die Mittel nach § 1 Absatz 6 durch Leistungsbescheid zum 10. Juli für das im gleichen Kalenderjahr beginnende Kindergartenjahr.

[1] § 2 neu gef. mWv 1.8.2014 durch VO v. 13.8.2014 (GV. NRW. S. 422); Abs. 1 Satz 2 eingef., bish. Satz 2 wird Satz 3 und geänd. mWv 23.12.2014 durch VO v. 10.12.2014 (GV. NRW. S. 893); Abs. 1 Sätze 1 und 3 geänd., Satz 4 angef., Abs. 3 Sätze 2 und 6 aufgeh., bish. Sätze 3–5 werden Sätze 2–4, Abs. 4 aufgeh., bish. Abs. 5 wird Abs. 4 und geänd., bish. Abs. 6 wird Abs. 5 und geänd. mWv 1.8.2016 durch VO v. 29.7.2016 (GV. NRW. S. 672); Abs. 1 Satz 1 neu gef., Satz 5 angef. mWv 25.11.2017 durch G v. 21.11.2017 (GV. NRW. S. 834); Abs. 1 Sätze 1 und 4 neu gef., Satz 5 aufgeh., Abs. 3 Sätze 2 und 3 geänd. mWv 1.8.2019 durch VO v. 30.6.2019 (GV. NRW. S. 346).

[§ 2: Außer Kraft – Text galt vom 01.08.2019 bis 31.07.2020]

§ 3[1] Abrechnung

(1) 1Das Jugendamt stellt für das am 31. Juli endende Kindergartenjahr Abweichungen nach § 19 Absatz 4 Kinderbildungsgesetz fest. 2Bei den zusätzlichen Pauschalen nach § 21f des Kinderbildungsgesetzes werden Abweichungen gegenüber der Meldung zum 15. März nicht berücksichtigt. 3Es meldet dem Landesjugendamt das Ergebnis zum 15. Oktober nach vorgegebenem Muster.

(2) Das Jugendamt weist dem Landesjugendamt für das am 31. Juli endende Kindergartenjahr die Verwendung der Landesmittel nach den §§ 21 Absatz 3 (Verfügungspauschale) und 4 (zusätzliche U3-Pauschale), 21a (Landeszuschuss für plusKITA-Einrichtungen) und 21b (Landeszuschuss für

zusätzlichen Sprachförderbedarf) nach und meldet die nach § 20 Absatz 5 Kinderbildungsgesetz zurückgeforderten Mittel spätestens zum 30. April des Folgejahres.

(3) Das Landesjugendamt legt der Obersten Landesjugendbehörde die zusammengefassten Ergebnisse nach Absatz 1 zum 31. Oktober und nach Absatz 2 zum jeweiligen 15. Mai vor.

[1] § 3 neu gef. mWv 1.8.2014 durch VO v. 13.8.2014 (GV. NRW. S. 422); Abs. 1 Sätze 1 und 2 sowie Abs. 3 geänd. mWv 23.12.2014 durch VO v. 10.12.2014 (GV. NRW. S. 893); Abs. 1 Satz 2 eingef., bish. Satz 2 wird Satz 3 mWv 1.8.2019 durch VO v. 30.6.2019 (GV. NRW. S. 346).

[§ 3: Außer Kraft – Text galt vom 01.08.2019 bis 31.07.2020]

§ 4[1] Zahlung und Verrechnung der Landesmittel

(1) Das Land leistet auf der Grundlage der Bescheide nach § 2 Absatz 1 Zahlungen für das jeweils in demselben Kalenderjahr beginnende Kindergartenjahr.

(2) Landesmittel im Sinne der § 21 Absatz 1 (Kindpauschalen) in Verbindung mit § 21 e (Planungsgarantie), § 21 Absatz 3, 4, 8 und 10 des Kinderbildungsgesetzes (Verfügungspauschale, zusätzliche U3-Pauschale, Mietzuschuss, Ausgleich Elternbeitragsfreiheit), nach den §§ 21a und 21b des Kinderbildungsgesetzes (Landeszuschuss für plusKITA-Einrichtungen und Landeszuschuss für zusätzlichen Sprachförderbedarf) und § 21f des Kinderbildungsgesetzes (pauschalisierte Zuschüsse) werden jeweils im Voraus zu Beginn eines Monats in der Höhe ausgezahlt, die sich aus den Bescheiden nach § 2 Absatz 1, 2, 3 und 5 ergibt.

(3) Landesmittel nach den § 21 Absatz 5 bis 7 und § 22 Absatz 1 Kinderbildungsgesetz werden zu 50 Prozent im ersten Monat des Kindergartenjahres und zu 50 Prozent im Februar des Folgejahres ausgezahlt.

(4) Die sich aus der Abrechnung der Landesmittel nach § 3 Absatz 1 und 2 ergebenden Nach- oder Überzahlungen von Landesmitteln sind unter Berücksichtigung des § 19 Absatz 4 Satz 5 Kinderbildungsgesetz mit Zahlung für den auf die Feststellung folgenden Monat, in den Fällen des § 3 Absatz 1 spätestens mit der Zahlung für den Monat Juli und in den Fällen des § 3 Absatz 2 spätestens mit der Zahlung für den Monat Oktober des auf das abgelaufene Kindergartenjahr folgenden Kalenderjahres über die Änderung der Leistungsbescheide nach § 2 Absatz 1 und 2 zu verrechnen.

(5) Landesmittel, die mit Bescheiden nach § 2 Absatz 2 und Absatz 4 bewilligt worden sind, werden jeweils zu Beginn des Monats in der Höhe ausgezahlt, die sich aus den Bescheiden ergibt.

(6) 1Bewilligte und ausgezahlte Landesmittel, die nicht durch Bewilligungen des Jugendamtes gebunden sind, sind dem Landesjugendamt zu den Stichtagen 1. November, 1. Februar und 31. Juli zu melden. 2Sie sind über eine Änderung der Leistungsbescheide nach § 2 mit den Zahlungen der Landesmittel für den auf die Rechtskraft des Änderungsbescheides folgenden Monat zu verrechnen.

[1] § 4 neu gef. mWv 1.8.2014 durch VO v. 13.8.2014 (GV. NRW. S. 422); Abs. 2 und 4 neu gef. mWv 23.12.2014 durch VO v. 10.12.2014 (GV. NRW. S. 893); Abs. 2 neu gef., Abs. 3 Sätze 1 und 2 aufgeh., Abs. 5 geänd. mWv 1.8.2016 durch VO v. 29.7.2016 (GV. NRW. S. 672); Abs. 3 Satz 2 angef. mWv 25.11.2017 durch G v. 21.11.2017 (GV. NRW. S. 834); Abs. 2 neu gef. mWv 1.8.2019 durch VO v. 30.6.2019 (GV. NRW. S. 346); Abs. 2 neu gef., Abs. 3 Satz 2 aufgeh. mWv 1.8.2019 durch VO v. 30.6.2019 (GV. NRW. S. 346).

[§ 4: Außer Kraft – Text galt vom 01.08.2019 bis 31.07.2020]

§ 4a[1] Rücklagen

- (1) 1Das Jugendamt stellt auf der Grundlage der Verwendungsnachweise nach § 20 Absatz 4 Kinderbildungsgesetz die Höhe der Rückzahlungsverpflichtungen nach § 20a Absatz 4 Kinderbildungsgesetz fest und meldet das Ergebnis dem Landesjugendamt spätestens zum 30. April des auf das abgelaufene Kindergartenjahr folgenden Kalenderjahres. 2Das Landesjugendamt legt der Obersten Landesjugendbehörde die zusammengefassten Ergebnisse zum 15. Mai vor.
- (2) 1Mittel nach § 20a Absatz 4 Satz 3 Kinderbildungsgesetz sind auf Grund der Feststellung nach Absatz 1 mit der Zahlung der Landesmittel zu verrechnen. 2Die Verrechnung erfolgt über die Änderung der Leistungsbescheide nach § 2 Absatz 1 mit den Zahlungen der Landesmittel für den nach Rechtskraft des Änderungsbescheides folgenden Monat, spätestens mit den Zahlungen für den Monat Oktober des auf das abgelaufene Kindergartenjahr folgenden Kalenderjahres.
- (3) § 4a Absatz 1 und 2 gilt auf Grund des § 20a Absatz 5 des Kinderbildungsgesetzes nicht für die Kindergartenjahre 2017 /2018, 2018/2019 und 2019/2020.

[1] § 4a eingef. mWv 23.12.2014 durch VO v. 10.12.2014 (GV. NRW. S. 893); Abs. 3 angef. mWv 25.11.2017 durch G v. 21.11.2017 (GV. NRW. S. 834).; Abs. 3 neu gef. mWv 1.8.2019 durch VO v. 30.6.2019 (GV. NRW. S. 346)

[§ 4a: Außer Kraft – Text galt vom 01.08.2019 bis 31.07.2020]

§ 5[1] Formulare

Die Muster des jeweiligen Antrags- beziehungsweise Abrechnungsformulars werden durch Erlass der Obersten Landesjugendbehörde bekanntgegeben.

[1] § 5 neu gef. mWv 1.8.2014 durch VO v. 13.8.2014 (GV. NRW. S. 422).

[§ 5: Außer Kraft – Text galt vom 01.08.2014 bis 31.07.2020]

Teil 2[2] Mietzuschuss

[2] Teil 2 (§§ 7–11) eingef. mWv 30.4.2008 durch VO v. 18.4.2008 (GV. NRW. S. 374); Überschrift geänd. mWv 1.8.2014 durch VO v. 13.8.2014 (GV. NRW. S. 422); und geänd. mWv 1.8.2016 durch VO v. 29.7.2016 (GV. NRW. S. 672).

§ 6[1] Mietpauschalen

(1) 1Der Mietzuschuss nach § 20 Absatz 2 Kinderbildungsgesetz ist für nach dem 28. Februar 2007 begründete Mietverhältnisse auf der Grundlage von Pauschalen zu leisten. 2Ein Mietverhältnis gilt als nach dem 28. Februar 2007 begründet, wenn die der Bezuschussung zugrunde gelegte vertragliche Regelung nach diesem Datum vereinbart ist.

(2) Die Pauschale beträgt für Einrichtungen, die gelegen sind in

–kreisfreien Städten und kreisangehörigen Großstädten (ab 100.000 Einwohnern): 10,06 Euro,

–sonstigen kreisangehörigen Gemeinden: 7,98 Euro

pro Quadratmeter Fläche und Monat.

(3) 1Als Fläche werden pauschal 160 qm pro Gruppe der Einrichtung zugrunde gelegt. 2Die Zahl der Gruppen pro Einrichtung ergibt sich aus den Feststellungen der örtlichen Jugendhilfeplanung nach § 19 Abs. 3 Kinderbildungsgesetz. 3Für jede Gruppe der Gruppenform I und II nach der Anlage zu § 19 Abs. 1 Kinderbildungsgesetz werden 25 qm hinzugerechnet.

(4) 1Wird die in der Anlage zu § 19 Abs. 1 Kinderbildungsgesetz genannte Gruppenstärke um nicht mehr als 25 Prozent unterschritten und sind die Räumlichkeiten dennoch erforderlich, kann der öffentliche Träger der örtlichen Jugendhilfe im Einzelfall die Flächen nach Absatz 3 Sätze 1

und 3 anerkennen, wenn die Unterschreitung vom Träger nicht zu vertreten ist. 2In den übrigen Fällen sind die Flächen nach Absatz 3 Sätze 1 und 3 entsprechend der Unterschreitung zu verringern.

(5) 1Bei einer Kombination von Gruppenformen nach § 19 Abs. 3 Satz 2 Kinderbildungsgesetz kann abweichend von Absatz 3 die Fläche pro Kind berücksichtigt werden. 2Dabei sind je Kind in der Gruppenform I 9,25 qm, in der Gruppenform II 18,50 qm und in der Gruppenform III 7,00 qm zugrunde zu legen.

[1] § 7 eingef. mWv 30.4.2008 durch VO v. 18.4.2008 (GV. NRW. S. 374); bish. § 7 wird § 6 und Abs. 2 geänd. mWv 15.3.2012 durch VO v. 8.3.2012 (GV. NRW. S. 116); Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 erster und zweiter Spiegelstrich, Abs. 4 Satz 1 geänd. mWv 1.8.2014 durch VO v. 13.8.2014 (GV. NRW. S. 422); Abs. 1 Satz 1 geänd. mWv 1.8.2016 durch VO v. 29.7.2016 (GV. NRW. S. 672).

[§ 6: Außer Kraft – Text galt vom 01.08.2016 bis 31.07.2020]

§ 7[1] Anpassungen

Die Pauschalen nach § 6 Absatz 2 erhöhen sich jährlich, erstmals für das Kindergartenjahr 2015/2016, um 1,5 Prozent.

[1] § 8 eingef. mWv 30.4.2008 durch VO v. 18.4.2008 (GV. NRW. S. 374); bish. § 8 wird § 7 und geänd. mWv 15.3.2012 durch VO v. 8.3.2012 (GV. NRW. S. 116); geänd. mWv 1.8.2014 durch VO v. 13.8.2014 (GV. NRW. S. 422).

[§ 7: Außer Kraft – Text galt vom 01.08.2014 bis 31.07.2020]

§ 8[1] Bestandsfälle

(1) 1Am 28. Februar 2007 bestehende Mietverhältnisse werden entsprechend den zum 1. August 2008 außer Kraft getretenen Bestimmungen des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) i.V.m. § 4 Betriebskostenverordnung (BKVO) auf der Grundlage der Kaltmiete bezuschusst, die am 28. Februar 2007 vereinbart ist. 2Dies gilt auch in den Fällen, in denen ein neuer Mietvertrag unmittelbar oder mittelbar zwischen den Parteien des bisherigen Mietvertrages über dasselbe Mietobjekt abgeschlossen wird.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 werden Mieterhöhungen bis zu 1,5 Prozent jährlich berücksichtigt, soweit nicht die nach § 6 Absatz 2 i.V.m. § 7 geltende Pauschale überschritten wird.

[1] § 9 eingef. mWv 30.4.2008 durch VO v. 18.4.2008 (GV. NRW. S. 374); bish. § 9 wird § 8 und Abs. 1 Satz 1 sowie Abs. 2 geänd. mWv 15.3.2012 durch VO v. 8.3.2012 (GV. NRW. S. 116); Abs. 2 geänd. mWv 1.8.2014 durch VO v. 13.8.2014 (GV. NRW. S. 422).

[§ 8: Außer Kraft – Text galt vom 01.08.2014 bis 31.07.2020]

§ 9[1] Investitionsförderung

1Eine aus Landesmitteln erfolgte Investitionsförderung ist vorbehaltlich der dazu ergangenen Bescheide auf die Pauschalen nach § 6 Absatz 2 in angemessenem Umfang anzurechnen. 2Die Oberste Landesjugendbehörde kann im Einvernehmen mit dem Finanzministerium hierzu nähere Regelungen treffen.

[1] § 10 eingef. mWv 30.4.2008 durch VO v. 18.4.2008 (GV. NRW. S. 374); bish. § 10 wird § 9 und Satz 1 geänd. mWv 15.3.2012 durch VO v. 8.3.2012 (GV. NRW. S. 116).

[§ 9: Außer Kraft – Text galt vom 15.03.2012 bis 31.07.2020]

§ 10[1] Investitionsförderung und Miete

1Eine aus Landesmitteln erfolgte Investitionsförderung steht einem Mietzuschuss entgegen, wenn die investiv geförderte Einrichtung, die bisher im Eigentum, als Erbbauberechtigter oder wirtschaftlich dem Eigentümer gleichgestellt betrieben worden ist, künftig als Mieteinrichtung betrieben werden soll. 2Das Landesjugendamt kann Ausnahmen zulassen.

[1] § 11 eingef. mWv 30.4.2008 durch VO v. 18.4.2008 (GV. NRW. S. 374); bish. § 11 wird § 10 mWv 15.3.2012 durch VO v. 8.3.2012 (GV. NRW. S. 116); neu gef. mWv 1.8.2014 durch VO v. 13.8.2014 (GV. NRW. S. 422); Satz 1 neu gef. mWv 1.8.2016 durch VO v. 29.7.2016 (GV. NRW. S. 672).

[§ 10: Außer Kraft – Text galt vom 01.08.2016 bis 31.07.2020]

Teil 3[3] Gütesiegel „Familienzentrum NRW“

[3] Neuer Teil 3 (§§ 12–15) eingef. mWv 10.12.2008 durch VO v. 14.11.2008 (GV. NRW. S. 728).

§ 11[1] Gütesiegel

(1) Das Gütesiegel „Familienzentrum NRW“ (Gütesiegel) ist ein konzeptgebundenes Prüfzeichen, das Einrichtungen nach § 16 Kinderbildungsgesetz verliehen wird.

(2) Die Anforderungen zur Erreichung des Gütesiegels gliedern sich in Leistungs- und Strukturkriterien.

(3) 1Die Leistungskriterien umfassen die Angebotsinhalte des Familienzentrums. 2Sie setzen sich insbesondere zusammen aus:

- 1.dem Bereithalten von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Kinder und Familien,
- 2.der Förderung von Familienbildung und Erziehungspartnerschaft,
- 3.der Unterstützung bei der Vermittlung und Nutzung der Kindertagespflege,
- 4.der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

(4) 1Die Strukturkriterien beschreiben die vom Familienzentrum zu schaffenden Voraussetzungen für die Umsetzung seines Angebotes. 2Hierzu gehören insbesondere

- 1.die Ausrichtung des Angebotes am Sozialraum,
- 2.der Aufbau einer verbindlichen Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Diensten, deren Tätigkeit den Aufgabenbereich des Familienzentrums berührt,
- 3.die Bekanntmachung des Angebotes durch zielgruppenorientierte Kommunikation,
- 4.die Sicherung der Qualität des Angebotes durch Leistungsentwicklung und Selbstevaluation.

(5) 1Ein Familienzentrum im Sinne des § 16 Absatz 2 Kinderbildungsgesetz (Verbund) soll höchstens aus fünf Einrichtungen bestehen. 2Ausnahmen davon können durch die Oberste Landesjugendbehörde genehmigt werden. 3Die Einrichtungen eines Verbundes sollen in einem Umkreis von 3 km liegen; Ausnahmen für den ländlichen Bereich können von der örtlichen Jugendhilfeplanung zugelassen werden.

[1] § 12 eingef. mWv 10.12.2008 durch VO v. 14.11.2008 (GV. NRW. S. 728); bish. § 12 wird § 11 und Abs. 5 Satz 2 neu gef. mWv 15.3.2012 durch VO v. 8.3.2012 (GV. NRW. S. 116); Abs. 5 Satz 1 geändert. mWv 1.8.2014 durch VO v. 13.8.2014 (GV. NRW. S. 422).

[§ 11: Außer Kraft – Text galt vom 01.08.2014 bis 31.07.2020]

§ 12[1] Gültigkeitsdauer

(1) 1Das Gütesiegel hat eine Gültigkeit von vier Jahren. 2Läuft das Gütesiegel innerhalb eines Kindergartenjahres ab, so gilt es bis zu dessen Ende.

(2) Schließen sich zwei oder mehrere Familienzentren oder ein Familienzentrum mit einer Einrichtung zu einem Verbund zusammen, so bedarf der Verbund einer Zertifizierung.

(3) 1Das Gütesiegel eines Verbundes bleibt bis zum Ablauf der festgelegten Gültigkeitsdauer bestehen, wenn Einrichtungen dem Verbund beitreten. 2Die dem Verbund beitretende Einrichtung ist berechtigt, das Gütesiegel des Verbundes zu tragen.

(4) 1Eine Einrichtung, die den Verbund verlässt, verliert die Berechtigung, das Gütesiegel des Verbundes weiter zu führen. 2Das Gütesiegel des Verbundes bleibt im Übrigen davon unberührt, wenn mehr als die Hälfte der Einrichtungen im Verbund verbleibt.

[1] § 13 eingef. mWv 10.12.2008 durch VO v. 14.11.2008 (GV. NRW. S. 728); bish. § 13 wird § 12 und Abs. 1 Satz 2 angef. mWv 15.3.2012 durch VO v. 8.3.2012 (GV. NRW. S. 116).

[§ 12: Außer Kraft – Text galt vom 15.03.2012 bis 31.07.2020]

§ 13[1] Zertifizierungsstelle

(1) Die Oberste Landesjugendbehörde beauftragt eine Zertifizierungsstelle.

(2) 1Die Zertifizierungsstelle beruft einen Beirat ein, der sich aus Vertretungen der Öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege und der Kirchen zusammensetzt. 2Aufgabe des Beirates ist es, die Zertifizierungsstelle beratend zu begleiten und im Rahmen des Beschwerdemanagements mitzuwirken.

[1] 14 eingef. mWv 10.12.2008 durch VO v. 14.11.2008 (GV. NRW. S. 728); bish. § 14 wird § 13 und Abs. 2 Satz 2 geänd. mWv 15.3.2012 durch VO v. 8.3.2012 (GV. NRW. S. 116).

[§ 13: Außer Kraft – Text galt vom 15.03.2012 bis 31.07.2020]

§ 14[1] Ablauf der Zertifizierung

(1) 1Der Antrag zur Zertifizierung ist schriftlich bei der Zertifizierungsstelle zu stellen. 2Sie berät die zu zertifizierende Einrichtung zu den Kriterien für das Gütesiegel und zum Verfahren zu seiner Verleihung.

(2) 1Die Zertifizierungsstelle überprüft das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 12. 2Jedes Familienzentrum erhält eine schriftliche inhaltliche Rückmeldung zum Gütesiegel (Qualitätsprofil) durch die Zertifizierungsstelle.

(3) Die Zertifizierungsstelle verleiht das Gütesiegel „Familienzentrum NRW“ im Namen und im Auftrag der Obersten Landesjugendbehörde.

[1] § 15 eingef. mWv 10.12.2008 durch VO v. 14.11.2008 (GV. NRW. S. 728); bish. § 15 wird § 14 und Abs. 4 aufgeh. mWv 15.3.2012 durch VO v. 8.3.2012 (GV. NRW. S. 116).

[§ 14: Außer Kraft – Text galt vom 15.03.2012 bis 31.07.2020]

Teil 4[4] Anpassung der Zuschüsse zu[5] Kindertagespflege

[4] Teil 4 (§§ 16, 17) eingef. mWv 1.9.2009 durch VO v. 12.11.2009 (GV. NRW. S. 623); Überschrift geänd. mWv 1.8.2014 durch VO v. 13.8.2014 (GV. NRW. S. 422).

[5] Richtig wohl: „zur“.

§ 15[1] Anpassung des Zuschusses für Kinder in der Kindertagespflege

Die Pauschale nach § 22 Absatz 1 Satz 1 Kinderbildungsgesetz beträgt ab dem Kindergartenjahr 2018/2019 804 Euro.

[1] Teil 4 (§§ 16, 17) eingef. mWv 1.9.2009 durch VO v. 12.11.2009 (GV. NRW. S. 623); früherer § 17 wird § 16 mWv 15.3.2012 durch VO v. 8.3.2012 (GV. NRW. S. 116); § 15 aufgeh., bish. § 16 wird § 15 und neu gef. mWv 1.8.2014 durch VO v. 13.8.2014 (GV. NRW. S. 422); geänd.

mWv 1.8.2016 durch VO v. 29.7.2016 (GV. NRW. S. 672); geändert. mWv 1.8.2018 durch VO v. 30.4.2018 (GV. NRW. S. 282).

[§ 15: Außer Kraft – Text galt vom 01.08.2018 bis 31.07.2020]

Teil 5^[6] Schlussvorschriften

[6] Früherer Teil 5 wird Teil 6, früherer § 18 wird § 19 und Satz 2 angef. mWv 1.8.2011 durch VO v. 9.8.2011 (GV. NRW. S. 405); Teil 5 aufgeh., bish. Teil 6 wird Teil 5 mWv 1.8.2014 durch VO v. 13.8.2014 (GV. NRW. S. 422).

§ 16^[1] Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. August 2008 in Kraft.

[1] Bish. § 18 wird § 16 und neu gef. mWv 1.8.2014 durch VO v. 13.8.2014 (GV. NRW. S. 422).

[§ 16: Außer Kraft – Text galt vom 01.08.2014 bis 31.07.2020]
Außer Kraft – Text galt vom 01.08.2019 bis 31.07.2020

[□Verlag C.H.BECK oHG 2024](#)